

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA**(10) Keine Geschenke mehr an Chinesen**

Die chinesische Zentrale hat neue Regeln verabschiedet, die bislang nur intern veröffentlicht sind, nach denen Chinesen von Ausländern keine Geschenke mehr annehmen dürfen; ausgenommen sind bislang lediglich wenige Spitzenfunktionäre von Staat und Partei. Selbst sie müssen die entgegengenommenen Geschenke an den Staat weiterleiten. Nach dem Inhalt dieser sechs Bestimmungen dürfen alle diejenigen Chinesen, die Kontakte mit ausländischen Geschäftsleuten oder Besuchern haben, weiterhin kleine Geschenke von ungefähr gleichem Wert austauschen. Die Bestimmungen bestehen jedoch darauf, daß andere Geschenke nicht akzeptiert werden und daß diejenigen Geschenke, die nicht zurückgewiesen werden können, an den Staat abgeführt werden müssen. Technische Unterlagen und Souvenirs sowie Musterstücke werden nicht als Geschenke bewertet. Die neuen Bestimmungen setzen die bisherigen Regeln außer Kraft, nach denen Einzelpersonen kleine Gegenstände behalten durften, während sie wertvolle Geschenke an ihre Einheiten abgeben mußten, die diese dann an ihre Angestellten zu niedrigen Preisen verkauft haben. Gleichfalls wird es in Zukunft verboten sein, Ausländer um kleine Gefallen zu bitten, wie z.B. schwer zu bekommende Waren für Chinesen zu kaufen.

Mit diesen Bestimmungen soll offensichtlich dem wachsenden Geschenkeaustausch durch ausländische Kaufleute ein Riegel vorgeschoben werden. Parallel dazu hatten viele chinesische Verhandlungspartner ebenfalls eine sehr einnehmende Haltung gegenüber diesen Geschenken eingenommen. So berichtet ein Schweizer Geschäftsmann, daß er durch Chinesen, die er eingeladen hatte, informiert worden sei: "Sie müssen uns nicht die teuersten Uhren zukommen lassen; geben Sie uns einfach diejenigen von einem mittleren Preisniveau, sonst müssen wir sie an die Einheit abgeben."

Die Frage der Geschenke wurde ebenfalls auf der Sitzung des Nationalen Volkskongresses Ende August d.J. diskutiert. Ein Delegierter berichtete, daß ein japanischer Firmenchef teure Geschenke an einige Dutzend Spitzenfunktionäre der Chinesen ausgeteilt habe, einschließlich fast jedes stellvertretenden Ministerpräsidenten, daß aber nur fünf Leute die erhaltenen Geschenke dem Staat weitergeleitet hätten (AWSJ, 27.9.80).

-ga-

INNENPOLITIK**(11) Neue Deng-Rede:
Drei Maßnahmen zur Beschleunigung
der Modernisierung und sechs
Systemreformen**

Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift

Zhing Bao hat in ihrer Oktober-Nummer (S.6-9) die Niederschrift einer nicht näher datierten Rede von Deng Xiaoping veröffentlicht, die nach der Ansprache Hua Guofengs auf der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (7.9.80) intern in Umlauf gesetzt worden ist. Zum ersten Mal sprach der Protagonist des nachmaoistischen Kurses offen von der Notwendigkeit von Systemreformen und verwendete den Großteil seiner Rede darauf, dieses ausführlich zu begründen. Diese Rede Deng Xiaopings ist im folgenden inhaltlich zusammengefaßt worden:

1. Drei Maßnahmen zur Beschleunigung der Modernisierung

1.1. Beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte, d.h. Wirtschaftsaufbau und Produktionssteigerung, und Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensstandards des Volkes.

1.2. Entwicklung demokratischer Verhältnisse, damit "garantiert wird, daß das ganze Volk vermittlels verschiedener Formen den Staat wirklich kontrolliert".

1.3. Die Lösung des Problems der überall anzutreffenden Überalterung der Führungsorgane aller Ebenen ist "dringend erforderlich". Die gegenwärtige Hauptaufgabe besteht darin, jüngere befähigte Kader mutig und unkonventionell auf Führungspositionen zu befördern. Bei der Auswahl der Nachfolger muß auf deren fachliche Fähigkeiten und politische Integrität (Anerkennung des sozialistischen Weges und der Führung durch die KPCh) geachtet werden. Bei der Verbesserung des Kaderkontingents müssen folgende drei Punkte beachtet werden:

1. Verjüngung;
2. bessere Ausbildung;
3. Spezialisierung.

2 Die Notwendigkeit von Systemreformen

Deng Xiaoping betonte zwar die Notwendigkeit der Ausrottung feudalistischer Überbleibsel und Einflüsse zum Kampf gegen Bürokratismus und patriachalisches Denken sowie die Notwendigkeit der Kritik der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie im Kampf gegen Individualismus und Anarchismus, doch er stellte gleichzeitig klar, daß diese Maßnahmen allein nicht ausreichen würden, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen. So sei der gegenwärtige Bürokratismus keineswegs nur ein Produkt der feudalistischen Vergangenheit der VRCh, sondern er weise durchaus ihm eigene Besonderheiten auf, die mit dem Bürokratismus im alten China ebensowenig zu tun hätten wie mit dem Bürokratismus in den kapitalistischen Staaten. Die Ursachen des heutigen Bürokratismus lägen vielmehr (hauptsächlich) in dem überzentralisierten Planungs- und Verwaltungssystem von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft, das man eine lange Zeit (fälschlicherweise) als eine notwendige Eigenschaft des sozialistischen Systems betrachtet habe.

Die sich u.a. aus dem Fehlen eines durchgängigen Verwaltungsrechts ergebende Überkonzentration von Macht habe zur Herrschaft eines einzelnen geführt. Deng Xiaoping verlangte indirekt ein umfassendes Verwaltungsrecht, das die Kompetenzen auf jeder Ebene klar abgrenzt, bzw. Verantwortlichkeiten eindeutig fixiert.

Deng Xiaoping betonte weiterhin, daß es auch nicht ausreichte, wenn man die Ursachen der vergangenen Fehler allein in der Ideologie und dem Führungsstil einiger führender Persönlichkeiten suche und damit erklären wolle. So sei z.B. auch Mao Zedong den Einflüssen eines ungesunden Systems erlegen gewesen und habe dadurch sehr großes Unglück über das Land, das Volk und den einzelnen gebracht. Dies bedeute jedoch nicht, daß er dafür keine persönliche Verantwortung trage, aber das Entscheidende hierfür sei die Frage des Systems, da die Systemproblematik von grundlegendem und langfristigem Charakter sei. Deng hierzu weiter wörtlich: "Die Frage des Systems ist mit der Frage, ob die Partei und der Staat (noch einmal) die Farbe wechseln werden, eng verbunden, so daß wir (der Systemproblematik) besondere Beachtung schenken müssen. Wenn wir nicht entschlossen die Schwachstellen des gegenwärtig praktizierten Systems ändern, dann könnten in der Zukunft jene schwerwiegenden Probleme wiederauftauchen, die bereits in der Vergangenheit aufgetreten sind."

3 . Sechs konkrete Systemreformen

Im Schlußteil seiner Rede nannte Deng Xiaoping sechs konkrete Systemreformen, die in naher Zukunft verwirklicht werden sollen. Deng verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Reformmaßnahmen, die nach der V.Plenartagung des XI.Zentralkomitees im Februar 1980 durchgesetzt wurden. Hierzu zählen u.a. die Wiedererrichtung des Sekretariats des Zentralkomitees der KPCh sowie die noch nicht endgültig vom Parteitag abgesegneten Bestimmungen des neuen Parteistatutes, nach denen u.a. das Prinzip des Kadern auf Lebenszeit abgeschafft wird (s. C.a., Februar 1980, S.123). Deng nannte in seiner Rede folgende weitere sechs Reformmaßnahmen:

3.1. Abänderung der Verfassung (s. hierzu u.a. C.a., September 1980, S.765).

3.2. Einrichtung einer Beraterkommission (guwen weiyuanhui). Diese Kommission soll sich aus älteren Partei- und Staatsführern zusammensetzen, vom Landesparteitag der KPCh gewählt werden und dem Zentralkomitee der KPCh angeschlossenen sein. Die Beraterkommission soll gegenüber der Parteiführung eine anleitende, kontrollierende und beratende Funktion ausüben.

3.3. Errichtung eines von oben nach unten durchgängigen staatlichen Verwaltungs- und Arbeitssystems, wobei in Zukunft alle in den Aufgabenbereich der Regierung fallenden Arbeiten vom Staatsrat (Zentralregierung) bzw. den Regierungsorganen auf allen Ebenen diskutiert und

entschieden werden sollen. Über die Arbeit der Regierungsorgane aller Ebenen dürfen in Zukunft weder die verschiedenen lokalen Parteikomitees noch das Zentralkomitee der KPCh entscheiden.

3.4. Schrittweise Verbesserung des Systems der Eigenverantwortlichkeit der Betriebs- und Schulleiter u.a. unter der Führung der KPCh, wobei die Parteikomitees die routine- und fachspezifischen Aufgaben abgeben und sich ausschließlich auf die Arbeit der politischen Organisation und der politisch-ideologischen Erziehung beschränken sollen.

3.5. Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenkongressen (als Arbeitnehmervertretungen) in allen Unternehmen. Diese Arbeiterorgane sollen das Recht haben, bedeutsame Angelegenheiten ihres Unternehmens zu diskutieren und hierüber mitzubestimmen. Sie sollen darüber hinaus das Recht eingeräumt bekommen, gegenüber der dem Unternehmen übergeordneten Institution die Entlassung inkompetenter Führungskräfte ihres Betriebes zu verlangen. In einem weiteren Schritt soll erreicht werden, daß die Führungskräfte bestimmter Unternehmensbereiche von der Arbeitnehmervertretung gewählt werden.

3.6. Die Parteikomitees aller Ebenen sollen das kollektive Führungsprinzip mit dem Prinzip der Arbeitsteilung und Eigenverantwortlichkeit verbinden, wobei klargestellt werden muß, welche Aufgaben kollektiv entschieden und welche arbeitsteilig in Eigenverantwortung erledigt werden können. Dabei sollte die Notwendigkeit von Arbeitsteilung betont und die Kader zu eigenverantwortlichen Entscheidungen ermuntert werden.

Zu dieser Rede Deng Xiaopings s. bitte auch die Übersicht "Deng-Rede: Erneute Kritik an Hua Guofeng" in diesem Heft.

-sch-

(12) Deng-Rede: Erneute Kritik an Hua Guofeng

Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift Jingbao hat in ihrer Oktober-Nummer (S.6-9) die Niederschrift einer Rede von Deng Xiaoping veröffentlicht, in der dieser u.a. erneut dem Parteivorsitzenden Hua Guofeng angegriffen hat. Die Zeitschrift gab nicht an, wann und wo Deng die Rede hielt, und berichtete lediglich, daß sie nach der Rede Hua Guofengs auf der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (7.9.80) intern in Umlauf gesetzt worden sei. Deng Xiaoping kritisierte Hua indirekt in zwei Punkten:

1. Deng beklagte, daß auch nach dem Sturz der "Viererbande" eine gewisse zeitlang Personenkult betrieben worden sei. Diese Äußerung trifft Hua in zweierlei Hinsicht: Erstens war Hua als Parteivorsitzender für den fortgesetzten Kult um Mao nach dessen Tod hauptverantwortlich. Zweitens versuchte Hua Guofeng von

Herbst 1976 bis Frühjahr 1978, einen Kult um seine eigene Person zu kreieren, indem er sich im Stile Maos als "guter" und "weiser Führer" darstellen und Legenden über seine revolutionäre Vergangenheit schreiben ließ. Wie Mao kalligraphierte auch Hua Zeitungs- und Zeitschriftentitel sowie Aufschriften für Gedenkhallen und andere Gebäude und erließ "wichtige Weisungen" (s. H.Martin, "China ohne Maoismus? Wandlungen einer Staatsideologie", Hamburg 1980, S.64 ff).

2. Deng kritisierte die erneute Verwendung des Slogans "Die proletarische Ideologie fördern und die kapitalistische Ideologie vernichten" (Kurzform: xing wu, mie zi) anlässlich der ideologischen Erziehungskampagne innerhalb der Volksbefreiungsarmee im Frühjahr d.J. als "einseitig" und "falsch". Die Propagierung dieses während der Anti-Rechts-Bewegung (1957- 58) und der Kulturrevolution verwandten Slogans habe - so Deng - dazu geführt, daß einige Maßnahmen (der Deng-Fraktion) zur Entwicklung der Produktion der Reform des Sozialismus als "Kapitalismus" ausgegeben und kritisiert worden seien. Deng räumte allerdings selbstkritisch ein, daß anfangs auch ihm die weitreichende Bedeutung dieser Angelegenheit nicht klar gewesen sei. Es war jedoch kein anderer als der Parteivorsitzende Huo Guofeng, der in seiner Rede auf der Konferenz über die politische Arbeit innerhalb der Armee am 29.April 1980 den vornehmlich von den maoistischen Linken verwandten o.g. Slogan wieder auf die politische Tagesordnung zu bringen versuchte. Innerhalb der Armee, in der nach wie vor maoistisches Linksdenken verbreitet zu sein scheint, fiel Huas Forderung auf fruchtbaren Boden, während in intellektuellen Kreisen die ohnehin bestehende Angst vor einem erneuten politischen Wechsel dadurch noch erheblich vergrößert wurde (s. Zhengming, 1.8.80, S.10). Die Deng-Fraktion antwortete auf die von Hua Guofeng bewußt oder unbewußt produzierte Herausforderung ab Mitte Juli 1980 in den von ihr kontrollierten Massenmedien mit einer Vielzahl von Artikeln, in denen statt der Vernichtung der kapitalistischen Ideologie die Eliminierung der nach wie vor starken Einflüsse des Feudalismus gefordert wurde.

Deng Xiaoping hatte den Parteivorsitzenden Hua bereits in einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Falacci am 21. und 23.August 1980 angegriffen, in dem er seine Trauerrede zur Beisetzung von Mao am 18.9.1976 als "keine gut durchdachte Rede" und "Ausdruck sehr simpler Gedanken" bezeichnet hatte (zit. nach: Welt am Sonntag, 7.9.80). Darüber hinaus hatte sich Deng Xiaoping in dem Interview sibyllinisch über die weitere Zukunft von Hua Guofeng als KPCh-Vorsitzender geäußert: "Tatsächlich ist jedoch auch der Posten des Vorsitzenden des ZK der Partei kein lebenslanges Amt. Ich meine, er (Hua Guofeng) kann nicht Vorsitzender auf Lebenszeit sein, das wird nach dem jetzigen System nicht gestattet. Er kann zwei oder höchstens drei weitere Amtsperioden dienen, aber das ist auch alles. Und man wird eine

Entscheidung über seine Amtsperioden und die Erneuerung des Mandats fällen müssen." (Corriere della Sera, 29.8.1980, zit. nach: T.Scharping, "Neuer Wechsel in der chinesischen Parteiführung? - Angriffe auf Hua Guofeng", Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Nr.38/1980, S.4)

Kritik an Hua war auch auf der 3.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses Anfang September 1980 geübt worden. So kritisierte der Minister für Geologie, Sun Daguang, Huas beschönigende Äußerungen zu den Mängeln und Fehlern der staatlichen Investitionspolitik der letzten Jahre. Hua hatte zu der Beschönigungsformel, nach der "Fehler und Verluste unvermeidbar sind", greifen müssen, weil er für den nun verworfenen 10-Jahresplan von 1976 bis 1985 und die darin vorgesehenen gigantischen Investbauziele mitverantwortlich gewesen war. Noch im Februar 1978 hatte Hua Guofeng die in diesem Plan genannten Aufgaben als "durchaus realistisch" bezeichnet - mittlerweile ist der Bau an einem Großteil dieser Investitionsprojekte eingestellt worden, und zahlreiche fertiggestellte Fabrikanlagen roten als Investitionsruinen vor sich hin, weil es an Infrastruktur, Energie oder den notwendigen Rohstoffen fehlt. Damals hatte Hua Guofeng auch eine weitgehende Mechanisierung der Landwirtschaft gefordert, was von seinem Nachfolger Zhao Ziyang heute abgelehnt wird, weil dies zu großer Arbeitslosigkeit auf dem Lande führen müsse und an den wirklichen Erfordernissen der Landwirtschaft nach mehr und besseren Transportmitteln vorbeigehe. Schließlich hatte Hua Guofeng damals auch gefordert, daß 1980 ein Drittel aller Unternehmen Betriebe vom Typ Daqing und ein Drittel aller Kreise solche vom Typ Dazhai sein sollten - heute, im Jahre 1980, ist von Dazhai und Daqing als wirtschaftliche Vorbilder keine Rede mehr (s. C.a., September 1980, S.743, 745 und 747). Kritik mußte Hua Guofeng auch auf der 3.Tagung des V.Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes für seine Anfang 1977 herausgegebene "Weisung" einstecken, nach der "ein Dutzend Erdölfelder von der Größe Daqings" erschlossen werden sollten: "Gewisse Führer unseres Landes wollten aufsteigen; deshalb logen sie, machten große Worte und verbreiteten, daß wir ein Dutzend Erdölfelder, so groß wie Daqing, anlegen werden... Es muß untersucht werden, wer dafür die Verantwortung trägt." (zit. nach: T.Scharping, op.cit., S.2)

Es ist freilich zu simpel, Hua Guofeng die alleinige Verantwortung für die verfehlte Investitionspolitik in den letzten Jahren zuzuschreiben. Es ist auch nicht nur die sog. "Erdölfraktion", die hierfür verantwortlich ist, sondern auch die Fraktion um Deng Xiaoping trifft ein gerüttelt Maß an Mitschuld, indem sie sich von der allgemeinen Investitionseuphorie der Jahre 1977 und 1978 zumindest anstecken ließ. Ein Umdenken setzte erst mit der 3.Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 ein, als Wirtschafts-

fachleute wie Chen Yun in die Staats- und Parteiführung aufrückten und dem zweiten Großen Sprung ein schnelles Ende bereiteten, um Schlimmeres zu verhindern.
-sch-

(13) Bombenanschlag im Beijinger Hauptbahnhof - kein Einzelfall?

Bei einem Bombenanschlag im Beijinger Hauptbahnhof am 29.10.1980 sind zehn Menschen getötet und 81 verletzt worden. Die Explosion ereignete sich um 18.15 Uhr im 1.Stock (nach chinesischer Zählung im 2.Stock) des Bahnhofs in der Nähe des Endes einer Rolltreppe. Der Attentäter und ein Mann wurden auf der Stelle getötet. Acht weitere Opfer - fünf Männer und drei Frauen - erlagen im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen. Die Ermittlungen der Beijinger Ermittlungsbehörden ergaben, daß es sich bei dem Attentäter um den 30jährigen Arbeiter Wang Zhigang handelte. Wang war nach seinem Mittelschulabschluß in Beijing im Jahre 1968 in die Volkskommune Niandi in der Provinz Shanxi verschickt worden. 1973 trat er in die Chinesische Volksbefreiungsarmee ein, wurde jedoch 1975 wieder demobilisiert und erhielt eine Arbeit in der Yuncheng-Traktorenfabrik in der Provinz Shanxi. Den Erkenntnissen der Beijinger Sicherheitsbehörden zufolge soll Wang in den letzten Jahren unzufrieden über die Nichterfüllung seiner persönlichen Forderungen gewesen sein. Diese persönliche Unzufriedenheit habe sich derart gesteigert, daß sich Wang entschlossen habe, den Bombenanschlag auszuführen (XNA, 31.10.80 und 13.11.80).

Einige Anzeichen sprechen dafür, daß es sich bei dem Bombenattentat im Beijinger Hauptbahnhof nicht um einen Einzelfall handelt: Ausländischen Journalisten gegenüber versicherten Beijinger Bürger, daß es in der chinesischen Hauptstadt schon ähnliche Explosionen gegeben habe, über die jedoch nicht berichtet worden sei (AFP, 2.11.80, nach MD, 3.11.80). Ob es sich bei dem Brand im 7.Maschinenministerium (zuständig für Raketenbau) am 15.10.1980 in Beijing ebenfalls um einen Anschlag handelte, ist unklar. Der Brand, bei dem fünf Menschen getötet wurden und sechs Menschen schwere Verletzungen erlitten, war dadurch verursacht worden, daß auf den Fußboden verschüttetes Benzin Feuer fing (AFP, 18.10.80, nach SWB, 25.10.80).

Einen schweren Terrorakt meldete Radio Liaoning am 17.9.1980 mit fünfmonatiger Verspätung: In der Nacht vom 12. auf den 13.April 1980 verübten zwei Männer auf die Nachtschicht der Seidenspinnerei Nr.1 von Dandong ein Attentat, bei dem 28 Personen getötet und 36 verletzt wurden. Die Mörder, die nach der Tat Selbstmord begingen, um ihrer Strafe zu entgehen, hatten die bei ihrer Tat benutzen Waffen und Munition unmittelbar vor dem Anschlag aus dem Miliz-Arsenal der Seidenspinnerei gestohlen. Ein Grund

für den Anschlag wurde von Radio Liaoning nicht gegeben (nach SWB, 27.9.80).

Fortgesetzte bewaffnete Auseinandersetzungen wurden von der Insel Hainan gemeldet, die seit über einem Jahr von Unruhen betroffen ist (Radio Hainan, 25.9.80, nach SWB, 4.10.80; siehe auch C.a., August 1979, 0 13). Dort wurden im September 1980 drei Männer zu teilweise hohen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie Pistolen, Gewehre, Maschinenpistolen und Munition entwendet und für 5.000 Yuan an verschiedene Produktionsgruppen verkauft, die damit ihre (wahrscheinlich Klan-) Kämpfe ausfochten (Hainan Ribao, 18.9.80, nach SWB, 17.10.80).
-sch-

(14) Kang Sheng und Xie Fuzhi postum aus der KPCh ausgeschlossen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas beschloß Ende Oktober 1980, Kang Sheng und Xie Fuzhi postum aus der KPCh auszuschließen. Begründet wurde diese Maßnahme mit den "schwerwiegenden Verbrechen", die beide während der Kulturrevolution begangen hätten, indem sie sich "direkt an dem konterrevolutionären Komplott von Lin Biao, Jiang Qing und Co. zur gewaltsamen Machtergreifung innerhalb der Partei beteiligten". Gleichzeitig beschloß das ZK der KPCh, die (von Zhou Enlai und Ye Jianying) für Kang Sheng und Xie Fuzhi gehaltenen Trauerreden für null und nichtig zu erklären und "ihre konterrevolutionären Verbrechen" der gesamten Partei bekannt zu geben. Das ZK faßte den Beschluß, Kang Sheng und Xie Fuzhi postum aus der KPCh auszuschließen, auf der Grundlage zweier Untersuchungsberichte der ZK-Disziplin-Kontrollkommission vom September 1980. Die Ermittlungen der Kommission hatten mehr als ein Jahr in Anspruch genommen (RMRB, 1.11.80).

Kang Sheng und Xie Fuzhi waren die beiden Säulen des Sicherheitsapparates der Volksrepublik China in der Mao-Ära: Während Kang Sheng vom Ende der 30er Jahre bis zu seinem Tod am 16.12.1975 die Leitung des innerparteilichen Sicherheitsapparates innehatte, war Xie Fuzhi von 1959 bis zu seinem Tod am 26.3.1972 u.a. Chef des Staatssicherheitsdienstes bzw. Minister für öffentliche Sicherheit. Darüber hinaus war Xie Fuzhi Leiter der Führungsgruppe Politik und Recht beim Zentralkomitee, die auf der Seite der Partei für die staatlichen Sicherheits-, Ermittlungs- und Justizbehörden zuständig war. Während Kang Sheng sich bereits Ende der 30er Jahre auf die Seite Maos gestellt hatte und in der Folgezeit auf dessen Geheiß die wirklichen oder auch nur vermeintlichen Gegner Maos innerhalb der Partei verfolgen, foltern und zum Teil auch hinrichten ließ, schloß sich Xie Fuzhi erst zu Beginn der Kulturrevolution dem maoistischen Lager an. Der frühere Kampfgefährte Deng Xiaopings, der 1959 wahrscheinlich auf Dengs Vorschlag hin Sicherheitsminister in Beijing geworden war, beteiligte sich maßgeblich am Sturz Dengs und an der Zer-

schlagung der staatlichen Sicherheits-, Ermittlungs- und Justizorgane im Verlauf der Kulturrevolution. Aufgrund seiner Verdienste für das maoistische Lager stieg Xie Fuzhi während der Kulturrevolution ins Politbüro des ZK der KPCh auf und wurde zum mächtigsten Mann Beijings bestellt: 1. Politkommissar des Militärbezirks Beijing, 1. Parteisekretär der Stadt Beijing und Vorsitzender des Beijinger Revolutionskomitees (siehe u.a. Jingbao, 10.11.1980, S.48-49).

rungs- und Ausführungsfunktionen gedrängt. In den vergangenen Jahren, vor allem während der Kulturrevolution, sei die Partei in ihrer Führungsfunktion so überbetont worden, daß für die Ausführungsorgane fast nichts mehr zu tun übrig blieb. Praktisch wurde damals die Regierung durch die Partei ersetzt und verdrängt. Niemand auch hätte noch einen Unterschied zwischen Parteiführungs- und Ausführungs-Funktionen zu machen gewußt.

Der postume Parteiausschluß von Kang Sheng und Xie Fuzhi steht im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die "konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing", zu denen Kang und Xie gezählt werden. Da gegen verstorbene Angeklagte kein Prozeß geführt werden kann, blieb der chinesischen Parteiführung als Strafe gegen Kang Sheng und Xie Fuzhi nur der postume Parteiausschluß übrig. Daß nicht nur der Prozeß gegen die "Viererbande" und die "Lin-Biao-Clique", sondern auch der Parteiausschluß von Kang Sheng und Xie Fuzhi erst vier Jahre nach dem Tod Maos und dem Sturz der "Viererbande" erfolgte, deutet darauf hin, daß es innerhalb der Parteiführung in den letzten vier Jahren erhebliche Widerstände gegen diese Maßnahmen gegeben hat. Insbesondere der Beschluß des ZK, die Trauerreden für Kang Sheng und Xie Fuzhi für null und nichtig zu erklären, dürfte umstritten gewesen sein: Es war nämlich Zhou Enlai, der am 29. März 1972 die Trauerrede auf Xie Fuzhi hielt und in dieser den Verstorbenen als "ein hervorragendes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas und einen getreuen Kämpfer des chinesischen Volkes" bezeichnete. Und es war der heutige Senior des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Ye Jianying, der in seiner Trauerrede für Kang Sheng am 21. Dezember 1975 den Berija Maos als "einen großen proletarischen Revolutionär des chinesischen Volkes und einen ruhmreichen Kämpfer gegen den Revisionismus" sowie "eine vom gesamten Volk geliebte führende Persönlichkeit von Partei und Staat" qualifiziert hatte. Obwohl die beiden Trauerreden wahrscheinlich im Auftrag des ZK gehalten wurden, impliziert die jetzt erfolgte parteioffizielle Verwerfung der beiden Ansprachen auch eine Kritik an Zhou Enlai und Ye Jianying (zu Kang Sheng siehe auch C.a., Mai 1979, Ü 27 sowie C.a., Juli 1980, Ü 16).

Mit diesem Zustand müsse man endgültig Schluß machen: Aufgabe der Partei ist es keineswegs, laufende Angelegenheiten zu erledigen, sondern sich vielmehr auf die größeren, über den Tag hinausgehenden Probleme zu konzentrieren und der "Linie" sowie den Prinzipien und der Übereinstimmung der Gesamtpolitik mit diesen Prinzipien Aufmerksamkeit zu schenken. Die Parteiorgane sollen keine direkten Anordnungen geben und sich nicht um alles und jedes kümmern. In diesem Zusammenhang wird freilich nicht betont, daß die Parteiorgane im allgemeinen von technischen und wirtschaftlichen Einzelfragen zu wenig verstehen und durch unsachgemäße Weisungen sachgemäße Entscheidungen verhindern. Im Zeichen des Leistungsprinzips wird die Rolle der Partei zumindest mittelfristig abnehmen müssen.

b) Parteidisziplin:

Häufig ist in letzter Zeit von der Tätigkeit der "Disziplin-Beaufsichtigungskomitees der Parteiausschüsse" die Rede. Seit 1978 hatte vor allem das Fehlverhalten von Zivilkadern im Vordergrund gestanden. Disziplinarische Maßnahmen gegenüber gemeinsamen Durchstechereien und Nepotismus erwiesen sich als ungemein populär. Neuerdings werden auch im Offizierskorps bisher dunkle Ecken ausgeleuchtet. Auch hier gebe es "Bürokraten, die einander beschützen" und werde "Begünstigungswirtschaft" getrieben. Auch Kleinigkeiten sollen kritisiert werden. Der stellvertretende Politkommissar der Militärprovinz von Fujian unternahm z.B. Anfang 1980 in einem offiziellen Pkw eine Reise von rund 1.500 km - und zwar, um persönliche Angelegenheiten zu besorgen. Daraufhin hätten die "Massen" (Soldaten) das Disziplin-Überwachungskomitee aufgefordert, den Kommissar für diese Fahrt zahlen zu lassen - eine Aufforderung, der das Komitee nachkam, indem es dem Beschuldigten 30,5 Yuan "aufbrummte" (XNA in SWB, 2.10.80).

VERTEIDIGUNG

(15) Partei und Armee: Trennung von Partei- und Administrativfunktionen, Disziplinfagen, Einheit von Armee und Volk

a) Trennung von Partei- und Ausführungsfunktionen:

In einem Leitartikel der Armeezeitung vom 7. Oktober wird auf eine stärkere Trennung von Füh-

c) Während der Sommer- und Herbstmonate 1980 kam es im Bereich des Yangzi zu zahlreichen Überschwemmungen. Dabei erfolgten immer wieder Rettungsmaßnahmen durch VBA-Verbände. Dies war für die militärischen Parteiausschüsse fortwährend Anlaß, von der Einheit zwischen Volk und Armee zu sprechen - eine Einheit, die während der Kulturrevolution so sehr angeschlagen worden sei (RMRB, 11.10.80).

-we-